

RAUS AUS DER REZESSION!



AUSZEICHNUNG

Die IV vergab erstmals
den Diversitätspreis SPEKTRUM

Seite 8



WIEN

Finanzminister Brunner bei der
Vollversammlung der IV-Wien

Seite 10

BULGARIEN

Bulgarischer Premierminister
Denkov im Interview

Seite 2

Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien

„Österreich kann in diesem Prozess eine Hauptrolle spielen“

Nikolaj Denkov ist Premierminister von Bulgarien und sieht Österreich als „Schlüsselpartner“ für den boomenden Hightech-Sektor in Bulgarien. Darüber hinaus bieten die grüne Transformation und der damit einhergehende Infrastrukturwandel neue Investitionschancen.



Nikolaj Denkov (r.) und IV-Präsident Georg Knill anlässlich eines gemeinsamen Round Table mit Industrievertretern im Haus der Industrie.

Österreich ist einer der wichtigsten Investoren in Bulgarien. Wie schätzen Sie die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen aktuell ein?

Nikolaj Denkov: Österreich und Bulgarien haben eine sehr gut entwickelte Beziehung, aber mit einem großen Schatten – dem Schatten des Schengen-Vetos. Nach den Niederlanden ist Österreich der zweitgrößte Investor in Bulgarien. Die großen österreichischen Unternehmen aus verschiedenen Sektoren, wie Telekommunikation und Konsumgüterindustrie, sind in Bulgarien führend. Bulgarien exportiert seinerseits zahlreiche Waren nach Österreich, die für einige der Sektoren dort von großer Bedeutung sind. Die Hindernisse an den Landesgrenzen verteuern jedoch den Warentransport von Bulgarien über Rumänien und Ungarn nach Österreich, und das ist ein Problem, das gelöst werden muss, denn die Preiserhöhung geht zulasten der österreichischen Bürger. Aufgrund des Vetos hat sich hier und da eine negative Einstellung gegenüber österreichischen Unternehmen und Waren eingestellt. Bisher handelt es sich um einzelne Kommentare, und ich bin sicher, dass sie sofort aufhören würden, wenn das Veto fällt.

Was sind generell die wichtigsten wirtschaftspolitischen Pläne Ihrer Regierung?

Denkov: Am wichtigsten ist der Übergang von einer Wirtschaft mit niedrigen Löhnen zu einer Wirtschaft mit hoher Mehrwerterschöpfung. Dies erfordert Investitionen sowohl in modernere Maschinen und Investitionsgüter als auch in eine bessere allgemeine, berufliche und höhere Bildung. Der grüne Übergang ist ebenfalls von zentraler Bedeutung und erfordert eine tiefgreifende Umgestaltung mehrerer Wirtschaftsregionen. Die Entwicklung des IT-Sektors in unserem Land hat bereits beachtliche Erfolge vorzuweisen. Eines der führenden europäischen Entwicklungsinstitute auf dem Gebiet der künstlichen Intelligenz, das Institut für Informatik, künstliche Intelligenz und Technologie INSAIT, ist in Bulgarien tätig und entwickelt sich weiter. Wir haben den Anspruch, diesen Vorteil zu nutzen und noch weiter auszuweiten, indem wir aufkommende Nischen in der Hightech-Technologie besetzen. Österreich kann in diesem Prozess eine Hauptrolle als Schlüsselpartner spielen – nicht nur als wichtiger ausländischer Investor, sondern auch als Land, in dem ein Drittel der bulgarischen Studenten in Europa ausgebildet wird und in dem über 40.000 bulgarische Staatsbürger leben und arbeiten.

In welchen Bereichen sehen Sie in Bulgarien die größten Wachstumsfelder für ausländische Direktinvestitionen und welche Rolle spielen dabei Energiewende und grüne Transformation?

Denkov: Infrastruktur, Transport und Energie sind die drei Bereiche, in denen wir in den kommenden Jahren die größten Investitionen erwarten. In Ergänzung zur Hemus-Autobahn in Nordbulgarien und zur Struma-Autobahn nach Griechenland, die bereits in Bau sind, aber noch nicht fertiggestellt wurden, planen wir wichtige neue Infrastrukturverbindungen mit Griechenland und Rumänien. Dazu gehören der Ausbau des Schienen- und Straßenverkehrs, eine

Erdölpipeline und eine Pipeline für Erdölprodukte, digitale Autobahnen zur Verbindung der Häfen am griechischen Mittelmeer mit den bulgarischen Häfen am Schwarzen Meer und an der Donau und von dort aus nach Rumänien und dann mit möglichen Erweiterungen nach Moldawien, in die Ukraine, und warum nicht auch nach Ungarn und Österreich? Dabei handelt es sich um Großinvestitionen, die in den kommenden Jahren durchgeführt werden sollen und Investitionen in Milliardenhöhe erfordern werden. Deshalb verhandeln und diskutieren wir mit renommierten Institutionen wie der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und der Europäischen Investitionsbank, wie die Projekte vorbereitet werden können. Aber auch für ausländische private Partner und Investoren wird es genügend Möglichkeiten geben, sich zu beteiligen. Im Energiesektor wird der Wandel in unserem „Kohlental“ in der Region Stara Zagora besonders gravierend sein. Sie soll zu einer der am weitesten entwickelten Hightech-Industriezonen auf der Balkanhalbinsel mit einer entwickelten Wasserstoffwirtschaft werden. Stara Zagora hat eine Schlüsselposition – es liegt in der Nähe von zwei Autobahnen, in der Nähe von Griechenland und der Türkei, auf dem Weg von diesen Ländern nach Rumänien. Die Stadt verfügt bereits über eine voll entwickelte Infrastruktur, gut ausgebildetes Personal und ein hochwertiges Universitätssystem. Dank dieser Faktoren und mit den richtigen Projekten und Investitionen können wir diese Region in den kommenden Jahren in ein modernes Hightech-Industriegebiet verwandeln. Für diesen Übergang sind sowohl im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfähigkeit als auch im Rahmen der Pläne für den gerechten Übergang vorgesehen. Der entscheidende Faktor werden jedoch Investitionen ausländischer Privatunternehmen sein. Ein funktionierendes Beispiel dafür haben wir bereits in der Region um Plovdiv: Dort gibt es ein sehr gut entwickeltes Industriegebiet namens Trakia. Über 300 ausländische Unternehmen sind

dort tätig. Und dieses Beispiel kann nicht nur wiederholt werden, sondern sogar als Möglichkeit in der Region Stara Zagora ausgebaut werden. Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um österreichische Investoren einzuladen, sich an diesem Prozess ebenfalls zu beteiligen.

Der Ukrainekrieg hat geopolitische Machtverschiebungen in der Welt beschleunigt. Wie sehen Sie die globale Rolle Europas und wie sollte sich Europa positionieren?

Denkov: Erstens muss Europa in seiner Zuversicht geeint sein, dass es sich aus den ausländischen Bindungen lösen und sich als gleichberechtigter Partner und gegebenenfalls Konkurrent der großen geopolitischen Zentren etablieren kann. Dies erfordert den Aufbau einer Reihe von Strukturen und Institutionen auf gesamteuropäischer Ebene, um wettbewerbsfähig zu sein. Dieser Prozess erfordert Zeit und Ressourcen, ist aber absolut notwendig, wenn wir die Zukunft des Kontinents als würdiger und bevorzugter Ort zum Leben in den kommenden Jahrzehnten sichern wollen. Die neuen Konflikte haben gezeigt, dass Zeit vielleicht das größte Kapital für diesen Wandel ist. Wir müssen uns daher gemeinsam realistische Ziele setzen und diese in den nächsten Jahren erreichen. Das Gespräch über die strategische Entwicklung Europas, das derzeit auf verschiedenen Ebenen, auch auf höchster Ebene, im Europäischen Rat, geführt wird, ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Ich bin überzeugt, dass wir dabei die richtigen Ziele und Aufgaben definieren werden, auf die wir uns einigen und bereits im nächsten Jahr mit der Umsetzung dieser Ziele beginnen können.

ZUR PERSON

Nikolaj Denkov von der bulgarischen Partei PP ist seit 6. Juni 2023 Premierminister von Bulgarien. Der promovierte Chemiker war zuvor Bildungsminister.

AKTUELLES IN KÜRZE

Kooperationsmöglichkeiten mit neuer HTL in Moldau

In Chişinău wird 2024 eine österreichische Auslandsschule errichtet. Für Unternehmen ergeben sich chancenreiche Kooperationsmöglichkeiten.

Die von Minister Polaschek vergangenes Jahr im Beisein der IV-Ausschussvorsitzenden Christine Schwarz-Fuchs ausgerichtete Strategie zur Weiterentwicklung der österreichischen Auslandsschulen trägt erste Früchte. Anfang 2024 soll der Spatenstich für eine neue HTL für Elektronik und Technische Informatik in Chişinău, Republik Moldau, stattfinden. Die IV hat sich intensiv dafür eingesetzt, dass sich das BMBWF für die Schulform HTL entschieden hat. So belegt die seit 2007 bestehende HTL in Albanien den großen Nutzen eines solchen Projekts für das jeweilige Land und für den

Wirtschaftsstandort Österreich. IV-Mitgliedsunternehmen stehen Kooperationsmöglichkeiten offen:

- Langfristige finanzielle Unterstützungen, auch als Gründungsmitglied im Rahmen der (moldawischen) Schulstiftung, eröffnen Unternehmen ein Mitspracherecht bei der Benennung der Schule oder einzelner Labore und Werkstätten sowie eine konstante Einbindung z. B. beim kommenden Spatenstich.
- Einmalige Spenden im Rahmen der Erbauung werden auf einer Ehrentafel am Schulgebäude vermerkt, Spenden für Labore, Werkstätten, Schutzkleidung etc. im Gebäude bzw. als Sticker-Logo sichtbar gemacht.

- Das Stiften von nach dem jeweiligen Unternehmen benannten Stipendien und das Bereitstellen von Praktika für Schülerinnen und Schüler und Arbeitsplätzen für Graduierte ermöglicht eine strategische und kontinuierliche Einbindung bei Recruiting-Events.

Aus Sicht der Industrie stellt das HTL-Projekt einen chancenreichen Anknüpfungspunkt für einen Bildungs- und Wirtschaftsstandort der Zukunft dar.

INFORMATION

IV-Ansprechperson: Viktor Fleischer,
viktoria.fleischer@iv.at



Die Wettbewerbsfähigkeit muss jetzt ganz oben auf die Agenda!

Österreich steckt in der stärksten Rezession seit 1951. Neue Steuern und weniger Arbeit für alle sind bestimmt kein Rezept, das uns da wieder heraushilft.



Österreich steckt in einer Rezession und zwar in keiner moderaten oder gar milden. Es handelt sich um die stärkste Schrumpfung der Wirtschaftsleistung seit 1951. Wir sind damit in einer Situation angelangt, vor der die IV bereits seit Monaten warnt. Es wäre also genug Zeit gewesen, sich darüber Gedanken zu machen, wie wir da wieder rauskommen – etwa mit Strukturreformen in Bereichen wie Bildung, Gesundheitssystem und Pensionen oder mit deutlichen Anreizen für Investitionen und Leistung. Stattdessen müssen wir uns mit fehlgeleiteten Steuerfantasien herumschlagen und nach wie vor mit der absurden Idee, dass der nächste Aufschwung gelingt, wenn wir alle gesetzlich verordnet weniger (!) arbeiten.

Tatsächlich ist natürlich das Gegenteil notwendig: Wir gehören zu den Ländern mit den höchsten Steuerquoten. Das sorgt auch dafür, dass wir zu den Besten gehören, wenn es um Umverteilung geht. Laut OECD

entfallen durchschnittlich rund 40 Prozent des Median-Haushaltseinkommens in Österreich auf Transferleistungen. Nur in Griechenland, Italien und Finnland wird noch stärker umverteilt. Ein starkes Sozialsystem ist gut, die Zahlen zeigen aber auch, dass eine noch stärkere steuerliche Belastung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Unternehmen weder notwendig noch sinnvoll ist. Im Gegenteil, sie würde die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes noch weiter untergraben. Das gleiche gilt für die Idee, eine Arbeitszeitreduktion bei vollem Lohnausgleich gesetzlich zu verankern. Das würde die ohnehin hohen Lohnkosten in Österreich weiter steigern und damit die Produktion im internationalen Vergleich weiter verteuern. Die Arbeitskosten müssen aber im Gegenteil hinunter.

Wer argumentiert, dass es sich dabei ja derzeit nur um „politische Ideen“ handelt, verkennet eines: Oft genügt schon die Aussicht auf eine Verschlechterung der Situation, um Menschen zum Handeln zu bringen. Um

die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs ist es jetzt schon nicht gut bestellt, wie internationale Rankings zeigen. Welchen Effekt das hat, sieht man bereits in den Direktinvestitionen, die die Nationalbank ausweist. In den Jahren 2029 bis 2022 lagen die Investitionen heimischer Unternehmen im Ausland auf dem doppelten Niveau der Vergleichsperiode davor. Unternehmen, die international aufgestellt sind, verlagern bereits ihre Investitionen. Das sollte Alarmsignal genug sein, um jetzt dringend Maßnahmen zu setzen, die die Wettbewerbsfähigkeit erhöhen. Wir brauchen jetzt Entlastung, Entbürokratisierung und eine kluge Handelspolitik, sonst wird es langfristig möglicherweise auch nicht mehr so viel geben, das wir umverteilen können.

Ihr

Christoph Neumayer,
 IV-Generalsekretär

IV-MEINUNG

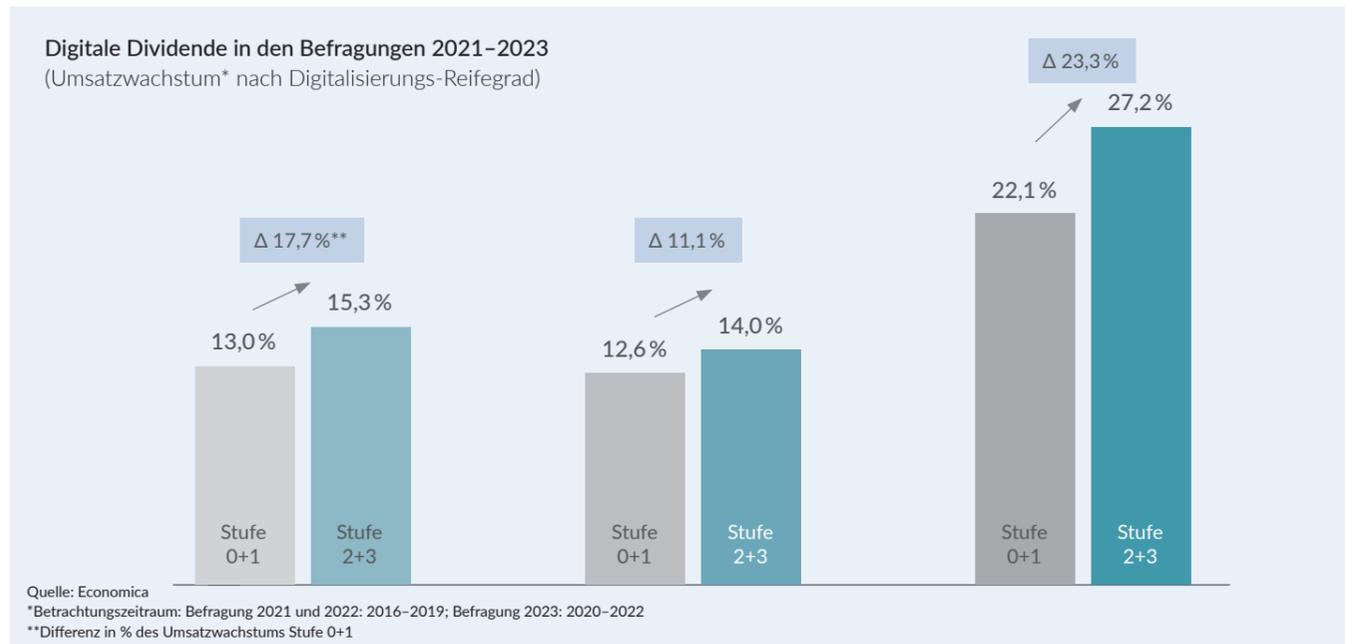
Die Redaktion weist darauf hin, dass Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe der „iv-positionen“ der 1. Dezember war. Aktuelle Informationen über spätere Entwicklungen finden Sie unter: www.iv.at

GRAFIK DES MONATS

Die digitale Transformation ist Erfolgsfaktor, die Nachhaltigkeitstransformation Zukunftsfaktor – beide bedeuten für Unternehmen massive Veränderungen. Accenture und die Industriellenvereinigung haben in der Studie „Digitale Dividende 2023“ Status quo und Potenziale der Digitalisierungs- und der

Nachhaltigkeitstransformation analysiert: Oft werden die zwei Veränderungsprozesse viel zu wenig gemeinsam gedacht. Die Champions von morgen sind Twin Transformers, die beide Transformationen vorantreiben. Die letzte große Digitalisierungswelle fand während der Pandemie statt,

seither ebbt dieser Boost wieder ab – derzeit haben nur drei Prozent der heimischen Unternehmen einen hohen Digitalisierungsgrad. Die digitale Transformation ist ein konjunkturunabhängiger Erfolgsgarant, denn digitale Champions verzeichnen 23 Prozent mehr Umsatzwachstum.



ZAHL DES MONATS

110

Der Entwurf für die neue Mangelberufsliste sieht eine Rekordzahl von 110 bundesweiten und 48 regionalen Berufen vor. Neu dabei sind Green Jobs im Mobilitätssektor. Mangelberufe haben weniger als 1,5 Arbeitsuchende pro offener Stelle. Für diese Berufe gibt es erleichterte Zulassungsvoraussetzungen für den Erhalt der Rot-Weiß-Rot-Karte und damit leichteren Zugang zum Arbeitsmarkt.

2024 sollen erstmals acht Berufe des öffentlichen Verkehrs wie Zugführer/Schaffner oder Buslenker auf die Liste. Durch die Aufnahme von Klimaschutzberufen auf die Liste soll gefördert werden, dass es in Österreich genügend Fachkräfte für diese große Aufgabe gibt.

Notwendige Maßnahmen gegen hohe Energiepreise

In Österreich braucht es dringend eine zeitliche Ausweitung der Strompreiskompensation und einen beschleunigten Infrastrukturausbau – denn in Europa zeichnet sich ein Subventionswettbewerb ab, der den innereuropäischen Wettbewerbsdruck auf die heimische Industrie weiter erhöht.

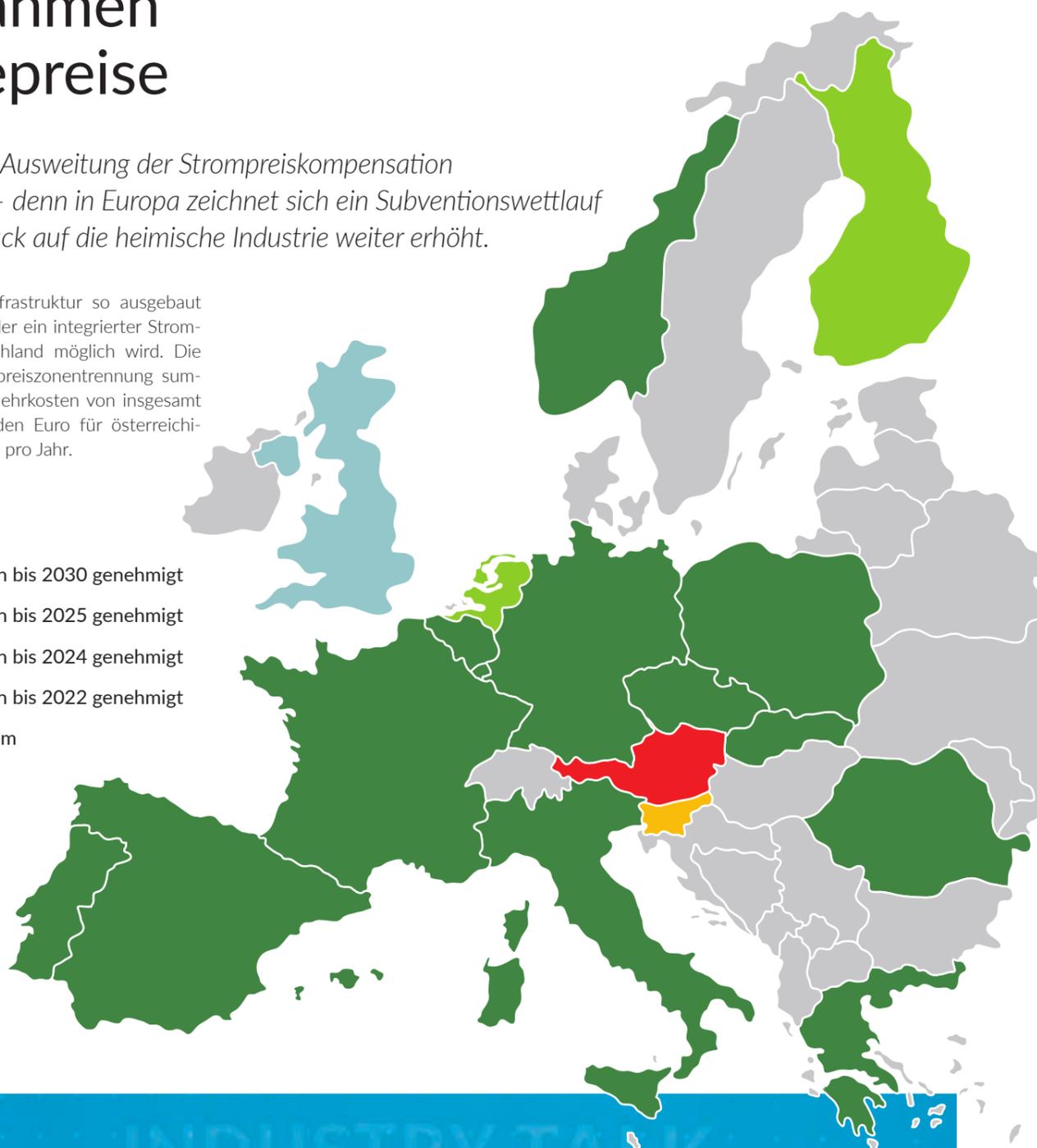
Der Wirtschaftsstandort Europa kämpft nach wie vor mit einem zu hohen Energiepreisniveau. Das bringt besonders energieintensiv produzierende Unternehmen mit hohem Exportanteil am Weltmarkt unter Druck. Trotz des rezenten „Haushaltsurteils“ des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe hält die deutsche Bundesregierung grundsätzlich an substantziellen Kompensationen und Förderungen für die Industrie fest und erhöht damit den innereuropäischen Wettlauf rund um Subventionen im Energiebereich. Österreich und Deutschland verbinden enge wirtschaftliche Beziehungen wie auch ähnliche Exportmärkte, folglich wächst durch das Unterstützungspaket auch der Druck auf die heimischen Unternehmen, vorrangig auf die energieintensive Industrie.

Auch andere europäische Mitgliedsstaaten greifen zunehmend in den Energiemarkt ein; so gab die französische Regierung nun ebenfalls bekannt, dass der französische Kernkraftwerksbetreiber EDF Strom nach dem Willen der Regierung ab 2026 zu einem Durchschnittspreis von 70 Euro pro Megawattstunde vermarkten soll. Der Wert liegt damit deutlich unter dem Börsenpreis von rund 100 Euro für die Grundlast für das Jahr 2026.

Österreich muss nun also dringend handeln, um nicht ins Hintertreffen zu gelangen. Ein Faktor, der für den enormen Anstieg der Strompreise mitverantwortlich ist, sind die stark gestiegenen CO₂-Zertifikatspreise. Die EU hat zum Ausgleich das Modell der Strompreiskompensation (SAG) eingerichtet. Österreich gehört mit Stand Redaktionsschluss dieser Ausgabe (30. November 2023) zu den ganz wenigen Ländern, die die Strompreiskompensation noch nicht bis 2030 verlängert haben – im Gegenteil, in Österreich gilt sie nur rückwirkend bis 2022. Deutschland, Frankreich und Italien sowie zehn weitere Mitgliedsstaaten haben ihre Strompreiskompensation bereits bis 2030 notifizieren lassen – Österreich muss hier bis Jahresende nachziehen. Neben der Ausweitung des SAG braucht es außerdem eine Reduktion der Energieabgaben. Gleichzeitig

muss die Strominfrastruktur so ausgebaut werden, dass wieder ein integrierter Strommarkt mit Deutschland möglich wird. Die Folgen der Strompreiszonenrennung summieren sich auf Mehrkosten von insgesamt etwa zwei Milliarden Euro für österreichische Stromkunden pro Jahr.

- Kompensation bis 2030 genehmigt
- Kompensation bis 2025 genehmigt
- Kompensation bis 2024 genehmigt
- Kompensation bis 2022 genehmigt
- Eigenes System



Peter Koren, IV-Vizegeneralsekretär und IV-Bereichsleiter für Klima, Infrastruktur, Transport, Ressourcen, Energie, im „Industry Talk“ über Maßnahmen gegen hohe Energiepreise.

WEBTIPP

Das Video-Interview finden Sie hier:



Wichtige Zukunftsthemen im Budget 2024–2027

Mit dem Budget wurde die Umsetzung des European Chips Acts in Österreich auf den Weg gebracht, das IPCEI Mikroelektronik II aufgestockt und eine ESA-Nachzeichnung umgesetzt.

Im Budget für 2024 und die Folgejahre ist es gelungen, wichtige budgetäre Commitments für strategische Zukunftsbereiche zu setzen. Für 2024–2027 sind zur nationalen Umsetzung des European Chips Acts 90 Mio. Euro für Forschung und Entwicklung sowie 400 Mio. Euro für strategische Investitionsprojekte vorgesehen. Zudem konnte

die Begründung einer Vorbelastung über eine Gesamtsumme von bis zu 2,8 Mrd. Euro bis 2031 für den Investitionsteil des Chips Acts erreicht und letztlich auch gesetzlich verankert werden – ein wesentlicher Schritt für Planungssicherheit in den Unternehmen. Ebenso wird ein für den Ausbau des Stärkefelds Mikroelektronik zentraler Baustein, das IPCEI

Mikroelektronik II, um weitere 50 Mio. Euro aufgestockt, sodass die Projekte nun vollumfänglich umgesetzt werden können.

Ebenfalls gelungen ist eine nochmalige Nachzeichnung der ESA-Wahlprogramme mit zusätzlichen 30 Mio. Euro zur Stärkung der Entwicklung von Zukunftstechnologien aus

Österreich. Weiterhin essenziell bleiben die Transformationsmittel für die Wirtschaft seitens BMAW und BMK, die in den nächsten Jahren ansteigen und möglichst effektiv in Transformationsprojekte umgesetzt werden müssen. Darüber hinaus bleibt in den nächsten Jahren eine konsequente Stärkung der FFG-Basisprogramme erforderlich.

KI und Daten als Wettbewerbsfaktor für den Technologiestandort

Beim IV-Forum „Digitale Transformation 2023“ tauschten sich Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung zu den Themen künstliche Intelligenz und Regulatorik sowie Manufacturing-X und Daten aus.

IV-Präsident Georg Knill betonte in der Begrüßung zum IV-Forum Digitale Transformation die hohe Bedeutung digitaler Technologien für die heimische Industrie. Um Österreich als Digitalisierungsvorreiter zu etablieren, sind neben einer klaren Strategie und hohem Tempo bei der Umsetzung von Maßnahmen besonders der Ausbau der Technologiekompetenz und die Verfügbarkeit von ausreichend Talenten und Fachkräften am Standort notwendig. Ebenso muss der Zugang zu zukunftsweisenden Schlüsseltechnologien wie KI oder Big Data Analytics gestärkt werden.

Als Einstieg in den Themenblock zu künstlicher Intelligenz gab Rechtsanwalt Norbert Amlacher einen Überblick über den kommenden AI Act der Europäischen Union und dessen Auswirkungen auf die Industrie. In der Podiumsdiskussion war

man sich einig, dass es entscheidend ist, eine innovationsfördernde Regulatorik, z. B. durch die Einrichtung von Sandboxes, zu ermöglichen. Zudem müssen Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft intensiviert, Investitionen in Data- und KI-Expertise gesteigert, Ängste abgebaut sowie eine stärkere Fehlerkultur, wie sie in den USA bereits besteht, gefördert werden.

Der Themenblock zu Daten stand im Zeichen der Initiative Manufacturing-X. Ernst Stöckl-Pukall vom Deutschen Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz erläuterte in seiner Keynote, welche Potenziale Datenökosysteme wie Manufacturing-X der Industrie zur Stärkung von Resilienz, Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit eröffnen. In der Diskussion wurden anhand von Use Cases die sich bietenden Möglichkeiten aus



der Nutzung von Industriedaten aufgezeigt. Zudem wurde die Wichtigkeit des Upskillings der Mitarbeitenden sowie von

Kooperationen und europäischen Daten-Initiativen aus KMU, Großunternehmen und Verbänden unterstrichen.

Quanten: Neue Chancen durch Zukunftstechnologien

Das „Forum Schlüsseltechnologien: Industrielle Anwendungen von Quantentechnologie“ wurde von der IV in Kooperation mit dem Österreichischen Wissenschaftsfonds FWF und der Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) organisiert.

Die Quantentechnologie ist eine der Schlüsseltechnologien der Zukunft und somit eine strategisch wichtige Technologie für Österreich und Europa. Für die kommerzielle Umsetzung ist eine strategische Kooperation von Industrie, Startups und Wissenschaft zentral. Mit der Exzellenzinitiative des Wissenschaftsministeriums sollen Stärkefelder der Grundlagenforschung ausgebaut und international sichtbar gemacht werden.

Die österreichischen Spitzenforscherinnen und -forscher der Quantentechnologie haben daher kürzlich den Exzellenzcluster Quantum Science Austria gegründet. Auf dem Forum Schlüsseltechnologien konnten sich nun Industrieunternehmen mit Startups und Forschenden des Exzellenzclusters für Quantentechnologien sowie

der Förderinitiative Quantum Austria vernetzen und somit die Grundlage für zukünftige Kooperationen schaffen.

Ökosysteme aufbauen

Die Entwicklung in den Quantentechnologien ist hoch dynamisch und eröffnet vielfältige zukünftige Einsatzfelder wie etwa in der Sensorik, Optimierung und Simulation, als Quantencomputer und in der Quantenkryptografie, betonte Elisabeth Engelbrechtsmüller-Strauß in ihrer Eröffnung. In Kurzvorträgen wurden zukünftige industrielle Anwendungen und Kooperationen von Forschenden und Industrieunternehmen vorgestellt. Anschließend wurde diskutiert, wie ein österreichisches Ökosystem für Quantentechnologien aus Industrie, Wissenschaft, Investoren und Startups entstehen kann. Weiter wurde besprochen, welche

nationalen Maßnahmen und europäischen Möglichkeiten bestehen, wie etwa durch den Chips Act, und wie der Markthochlauf gelingen kann.

WEBTIPP

Weitere Informationen finden Sie unter: www.iv.at
<https://bit.ly/47VGGKu>



TECHNOLOGIETRANSFER STÄRKEN – TECHNOLOGIE VON MORGEN ENTWICKELN

Eine Veranstaltung des ISTA in Kooperation mit der IV widmete sich der Frage, wie Deep-Tech-Innovationen rascher in den Markt übergeleitet werden können.

Die langfristige Kooperation von Wissenschaft und Industrie und die gemeinsame Verfolgung strategischer Ziele bilden die Grundlage für zukünftige Erfolge unseres Wirtschaftsstandorts und die Sicherung der technologischen Souveränität. Daher lag der Fokus der Veranstaltung „bigX 23 ISTA Innovation Exchange“ des Institute of Science and Technology Austria (ISTA) in Kooperation mit der Industriellenvereinigung auf der Stärkung von Technologietransfer und der Entwicklung von Deep-Tech-Innovationen.

Bei der Finanzierung von Spin-offs durch Risikokapital und damit der Kommerzialisierung von Zukunftstechnologie liegt Europa noch immer hinter den USA. Wie eine bessere Finanzierung und somit eine raschere Überleitung von Innovationen in den Markt funktionieren kann, diskutierten Tom Miller (Greybird Ventures), Regina Hodits (Wellington Partners), Hubert Cottogni (EIB Group Office, Austria) und Svetoslav Stefanov (European Investment Bank).

RAUS AUS DER REZESSION!

Die Industrie steht in Österreich vor großen Herausforderungen. Jetzt braucht es eine kluge Wirtschaftspolitik für den nächsten Aufschwung.

Österreich befindet sich in einer Rezession und die Industrie ist besonders betroffen. Moderat, wie oft behauptet, sei dieser Einbruch der Wirtschaftsleistung keineswegs, betont IV-Chefökonom Christian Helmenstein: „Wenn wir Großkrisen wie Post-Lehman und Covid ausklammern, stellen wir fest, dass wir die stärkste Rezession seit 1951 haben. Wir erwarten auf gesamtwirtschaftlicher Ebene eine Schrumpfung von minus 0,7 bis minus ein Prozent und einen realen Rückgang der Industriewertschöpfung von minus drei bis minus vier Prozent.“ Damit sei die Rezession auch stärker als in Deutschland, wo für heuer eine Schrumpfung von minus 0,6 Prozent erwartet wird.

Eine leichte Erholung erwartet Helmenstein erst für das zweite Quartal 2024. Nachsatz: „Wenn es gut läuft!“ Das bedeutet, dass es neben notwendigen Unterstützungsmaßnahmen, wie etwa im Energiebereich, Strukturreformen braucht. Besonders lähmend ist die zunehmende Bürokratielawine durch eine wachsende Zahl an regulatorischen Auflagen und Berichtspflichten, die sich durch die Umsetzung der europäischen Lieferkettenrichtlinie weiter verschärfen wird. „Statt sich einer Entbürokratisierung zu widmen, Leistungsanreize zu setzen und die viel zu hohe Steuerlast zu senken, hören wir aus bestimmten politischen Lagern lediglich realitätsferne Fantasien zu neuen Steuern und Ideen zu einer gesetzlich verankerten Arbeitszeitreduktion, die eine Rezession in Österreich zusätzlich befeuern würden“, sagt IV-Generalsekretär Christoph Neumayer.

Eine Wirtschaftspolitik, die aus der potenziellen Entspannung der wirtschaftlichen Lage im zweiten Quartal schnellstmöglich einen Aufschwung generieren will, muss Strukturreformen angehen, um wieder ein gutes Umfeld für Investitionen zu schaffen und die Wettbewerbsfähigkeit der exportorientierten österreichischen Industrie am Weltmarkt zu stärken.

DEUTSCHER „INDUSTRIESTROMPREIS“ MACHT DRUCK

Bei den Energiepreisen ist es zwar zu einer gewissen Beruhigung gekommen, aber nach wie vor sind sie zu hoch und liegen beispielsweise bei einem Vielfachen des Niveaus der USA. Erschwerend hinzu kommt ein innereuropäischer Wettlauf der Subventionen im Energiebereich – zuletzt befeuert durch die Ankündigung neuer Unterstützungsmaßnahmen in Deutschland und Eingriffe in den Energiemarkt in Frankreich. Dadurch wächst der Druck auf österreichische Industriebetriebe, denen weitere Wettbewerbsnachteile drohen. Die Industriellenvereinigung mahnt dringend die Umsetzung von konkreten Maßnahmen wie der Ausweitung der Strompreiskompensation (SAG) ein, die zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses dieser Ausgabe nach wie vor der Umsetzung harret (siehe dazu Artikel auf Seite 4).

NACH LOHNABSCHLÜSSEN FAKTORARBEITWEITER ENTLASTEN

Mit 43,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegt Österreich EU-weit auf Platz vier bei der Steuer- und Abgabenquote. Das bedeutet eine zusätzliche Last für die Wettbewerbsfähigkeit heimischer Unternehmen. Die IV setzt sich daher für einen Entlastungspfad bis 2030 ein, mit dem Ziel, die Abgabenquote auf 40 Prozent zu senken. „So wie es für die CO₂-Reduktion einen konkreten Pfad mit gesetzlichen Zielwerten gibt, sollte es ein vergleichbares Modell für die Entlastung bei Steuern und Abgaben geben“, sagt Neumayer. Die Absenkung könnte stufenweise erfolgen – bis 2026 auf 42 Prozent, bis 2028 auf 41 Prozent und bis 2030 müsste der Zielwert von 40 Prozent erreicht werden. Die jährlich erforderliche Einsparung beträgt aufgrund des Selbstfinanzierungseffekts 1,57 Milliarden Euro, wobei bisherige langfristige Maßnahmen wie die Abschaffung der kalten Progression bereits in das Entlastungsvolumen einfließen und die Zielerreichung erleichtern.

JÄNNER

World Economic Forum

FEBRUAR

Münchner Sicherheitskonferenz

JUNI

EU-Wahl

JULI

Salzburg Summit

SEPTEMBER

Nationalratswahl

MEHR ARBEIT BRAUCHT LEISTUNGSANREIZE

Die Arbeitslosigkeit ist zuletzt zwar wieder leicht angestiegen, befindet sich allerdings nach wie vor auf einem sehr niedrigen Niveau. Gleichzeitig gibt es immer noch viele offene Stellen in Österreich. Die Arbeitslosenquote ist im November auf knapp über fünf Prozent leicht gestiegen, während rund 95.000 Stellen offen waren. „Die Zahl der Beschäftigten liegt noch immer auf hohem Niveau, allerdings nimmt das Arbeitsvolumen je Beschäftigungsverhältnis tendenziell ab, was den Arbeits- und Wirtschaftsstandort Österreich schwächt und den Bedarf an Personal erhöht. Wir müssen alles daransetzen, das Arbeitsvolumen insgesamt wieder zu erhöhen. Es braucht gezielte Leistungsanreize, um Menschen zur Mehrarbeit zu motivieren“, betont Neumayer. Laut Statistik Austria lag die Teilzeitquote der Frauen im zweiten Quartal 2023 bei 50,6 Prozent und jene der Männer bei 13,4 Prozent. „Wenn mehr als die Hälfte der beschäftigten Frauen in Österreich in Teilzeit arbeiten und auch der Trend bei den Männern steigend ist, müssen wir handeln. Es müssen Anreize gesetzt werden, dass Menschen wieder bereit sind, mehr zu arbeiten – und das muss sich auch entsprechend für sie lohnen“, fordert Neumayer angesichts dieser Entwicklung.

Ein erstes Maßnahmenpaket der Regierung bleibt hinter den Erwartungen: Die vorgestellten Maßnahmen im Pensionsbereich – wie die Anhebung des Zuschlags von 4,2 Prozent auf 5,1 Prozent sowie die Streichung des Dienstnehmeranteils der Pensionsversicherungsbeiträge für arbeitende Pensionisten – sind grundsätzlich positiv. Sie sind allerdings zu wenig Anreiz, um das Ziel zu erreichen, Arbeit über das Pensionsalter hinaus attraktiv zu machen. Darüber hinaus steht die IV der Einführung neuer Strafsanktionen für Betriebe ablehnend gegenüber. Viel eher muss die hohe Teilzeitquote strukturell angepackt werden und es müssen echte Anreize für Mehrarbeit gesetzt werden.

HANDELSABKOMMEN

Österreichs Wohlstand basiert zu einem großen Teil auf dem Export – jeder vierte Steuer-Euro geht auf den Handel mit Unternehmen im Ausland zurück. Eine deutliche Stärkung internationaler Handelsbeziehungen hat in der Vergangenheit in Österreich immer zu einem signifikanten Wirtschaftsaufschwung geführt – sei es durch den EU-Beitritt oder die Ost-Öffnung. Insofern ist der kürzlich erfolgte Abschluss des Handelsabkommens der EU mit Neuseeland eine sehr gute Nachricht für Österreich. Heimische Betriebe haben in Neuseeland rund 424 Millionen Euro investiert und sind mit rund 30 Niederlassungen vor Ort präsent. Angesichts des derzeitigen Umfelds wäre nun der richtige Moment, auch das Abkommen der EU mit der Mercosur-Region zu einem Abschluss zu bringen, bei dem Österreich derzeit auf der Bremse steht. „Mercosur ist als siebentgrößte Volkswirtschaft der Welt ein wichtiger Wirtschaftspartner und Markt für die österreichische Industrie“, so Neumayer. Mehr als 1400 österreichische Unternehmen sind hier aktiv, die Warenexporte beliefen sich 2018 auf knapp eine Milliarde Euro. Zudem ist die EU der zweitbedeutendste Handelspartner für Mercosur und wichtigster Investor vor Ort.

Mit diesen Maßnahmen in den Bereichen Energie, Steuern und Abgaben sowie den notwendigen Leistungsanreizen und neuen internationalen Partnerschaften kann ein guter Rahmen geschaffen werden, der es der Industrie in Österreich ermöglicht, sicher aus der Rezession zu navigieren und wieder auf einen Wachstumspfad zu finden.

GEMEINSAM ERREICHT

Der Industriestandort Österreich ist enorm unter Druck und es sind dringend Maßnahmen notwendig, um den nächsten Aufschwung zu ermöglichen. Viele wichtige Schritte, für die sich die Industriellenvereinigung nachdrücklich eingesetzt hat, sind aber auch bereits gelungen.

- ✓ Transformationsoffensive
- ✓ Kostenabfederung für Netzverlustkosten und Absenkung Energieabgaben
- ✓ Verlängerung virtuelle Hauptversammlung
- ✓ Strompreiskompensation für 2022
- ✓ Energiekostenzuschuss
- ✓ UVP-G-Novelle
- ✓ Schutz von Geschäftsgeheimnissen (Industriespionage)
- ✓ Senkung der Lohnnebenkosten
- ✓ Finanzierung Fonds Zukunft Österreich
- ✓ Sicherstellung Energieeffizienzgesetz
- ✓ Nationale Finanzierung Chips Act
- ✓ Erweiterte Spendenbegünstigung
- ✓ Abschaffung kalte Progression
- ✓ Ausweitung Steuerbegünstigung Überstunden und SEG-Zulage
- ✓ Erhöhung Zuschuss Kinderbetreuung und Betriebskindergarten

NOVEMBER

Landtagswahlen
Steiermark

US-Wahl

OKTOBER

Landtagswahlen
Vorarlberg



IV-Diversitätspreis SPEKTRUM erstmals vergeben

Die neue Auszeichnung ging an Unternehmen mit besonders offener und diversitätsfördernder Unternehmenskultur. Vergeben wurde der Preis in vier Kategorien.

Diversität ist ein wichtiger Faktor für den Unternehmenserfolg: „Unternehmen, die Vielfalt in all ihren Facetten fördern, sind nicht nur sozial verantwortlich, sondern auch wirtschaftlich erfolgreicher. Die verschiedenen Perspektiven, Erfahrungen und Fähigkeiten, die diverse Teams mitbringen, sind entscheidend für Innovation, Kreativität und letztendlich für den Unternehmenserfolg“, so IV-Vizepräsidentin Sabine Herlitschka, Vorstandsvorsitzende der Infineon Technologies Austria AG, die den Diversitätspreis SPEKTRUM gemeinsam mit Axel Kühner, Vorsitzender des IV-Ausschusses für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik und Vorstandsvorsitzender der Greiner AG, initiierte. Mit dem Preis werden Industrieunternehmen für eine offene und diversitätsfördernde Unternehmenskultur ausgezeichnet. Mit ihrem Engagement schaffen sie Rahmenbedingungen für Innovationskraft und setzen Maßnahmen, die Potenziale heben und damit dem Fachkräftemangel entgegenwirken.

Die beiden Initiatoren betonten im Zuge der Veranstaltung nicht nur die Verantwortung, die Unternehmen in Bezug auf die Förderung von Diversität haben, sondern auch

den Wettbewerbsvorteil diverser Teams. „Der IV-Diversitätspreis SPEKTRUM soll nicht nur würdigen, was Unternehmen bereits erreicht und umgesetzt haben, sondern auch als Inspiration für andere Unternehmen dienen, ihre Anstrengungen zur Förderung von Vielfalt zu verstärken“, so Kühner.

Die prämierten Unternehmen haben sich durch besonders innovative Ansätze und erfolgreiche Programme zur Förderung von Diversität in den Bereichen Alter, Geschlecht, Inklusion von Menschen mit

Beeinträchtigung und Ethnische Zugehörigkeit ausgezeichnet. Die vier Gewinner konnten die Expertenjury – bestehend aus Elisa Aichinger, Marietta Babos, Gregor Demblin, Alexander Loidl, Anna Steiger und Hannah Lux – mit ihren Maßnahmen zur Förderung von Diversität im Unternehmen überzeugen.

Die Industriellenvereinigung gratuliert den Preisträgern des IV-Diversitätspreises SPEKTRUM und bedankt sich für die Unterstützung der Förderung von Diversität in der Arbeitswelt!



Die Post wurde in der Kategorie Inklusion ausgezeichnet – im Bild mit Jurymitglied Gregor Demblin.

Das sind die Gewinner

- Die Flextronics International GmbH in der Kategorie Altersdiversität.
- Das Austrian Institute of Technology in der Kategorie Geschlechterdiversität.
- Die Österreichische Post in der Kategorie Inklusion von Menschen mit Beeinträchtigung.
- Die Collini GmbH in der Kategorie Ethnische Zugehörigkeit.



Die erste Verleihung des IV-Diversitätspreises fand im November in Wien statt.



Das Team der Österreichischen Post mit Herlitschka (2. v.l.) und Kühner (r.).



Flextronics aus Althofen wurde bezüglich Altersdiversität ausgezeichnet.



Auch das AIT gehört zu den ersten SPEKTRUM-Preisträgern.



Diversität wird auch beim Preisträger Collini GmbH großgeschrieben.

Skills-Mobilitätspartnerschaften: Dem Fachkräftemangel langfristig begegnen

Skills-Mobilitätspartnerschaften bieten ein Modell für qualifizierte Zuwanderung, das Vorteile für alle Beteiligten ins Zentrum rückt.

Wirkungsvoll kann dem Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel nur umfassend und strategisch begegnet werden: durch ein abgestimmtes Vorgehen zugunsten einer zielgerichteten Aus- und Weiterbildung, einer erhöhten Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren und qualifizierter Zuwanderung. Kurzfristig wirksame Maßnahmen, wie sie die IV mit ihrem Paket „Leistung muss sich wieder lohnen“ initiiert hat, sind gleichermaßen notwendig wie langfristige Initiativen. Um die Zuwanderung von passend

qualifizierten Personen auszubauen, wurden mit der Reform der Rot-Weiß-Rot-Karte im vergangenen Jahr jene Bedingungen geschaffen, die es nun strategisch umzusetzen gilt. Darüber hinaus braucht es Modelle der Migration, die sowohl den österreichischen Unternehmen als auch den zuwandernden Fachkräften tragfähige und nachhaltige Optionen eröffnen. Unternehmen benötigen verlässliche Arbeitskräfte auf einem abgesicherten Kompetenzniveau und die Zugewanderten brauchen erstrebenswerte Perspektiven für alle Lebensaspekte wie Arbeit, Familie und Sozialleben.

Skills-Mobilitätspartnerschaften (SMPs) stellen ein solches partnerschaftliches Modell dar, das auf Vorteile für Herkunfts- und Zielländer bzw. für Unternehmen und zugewanderte Arbeitskräfte abzielt. Die Skills-Entwicklung durch Aus- und Weiterbildung ist zentral, z. B. mittels individuell entwickelter Ausbildungs- und Trainingsprogramme. Neben der bedarfsgerechten Rekrutierung von Fachkräften als klares Asset für österreichische Unternehmen bieten SMPs den Zuwandernden ein sicheres Migrationsumfeld und ihren Herkunftsländern ein gewisses Maß an Kompetenz- und Finanztransfer durch die migrierten Fachkräfte.

sonders wichtig, dass die Entwicklung von SMPs für Österreich ihre Fortsetzung in Pilotprojekten einzelner Branchen und Herkunftsländer findet. Die IV steht dafür gerne mit Expertise zur Verfügung.



INFORMATION

IV-Ansprechperson: Viktor Fleischer, viktor.fleischer@iv.at.



Vollkasko-Mentalität und Teilzeit-Bestrebungen

Ein kurzes Wort über die Ambivalenz unserer Gesellschaft.

Die Rufe nach Arbeitszeitreduktion werden lauter, die Forderungen der Gesellschaft an den Wohlfahrtsstaat nehmen zu. Wir wollen Teilzeit arbeiten, aber Vollzeit beziehen – „Teilzeit-Familienbeihilfe“ klinge als Beispiel für die meisten wohl unattraktiv. Zudem wollen wir so früh wie möglich in Pension gehen; bei vollen Bezügen inklusive automatischer Inflationsanpassung am besten, das versteht sich mittlerweile von selbst.

Oft wird vermittelt, der Leistungsdruck steige stetig und die Arbeit werde immer mehr. Faktisch sinkt die Arbeitszeit aber seit 1950. Von ca. 2100 Wochenstunden pro Erwerbstätigem pro Jahr sind wir mittlerweile bei knapp 1600. Ebenso auffallend ist, dass wir seit 1995 keinen Anstieg bei den Vollzeitbeschäftigten sehen, obwohl wir in den letzten 20 Jahren ein starkes Bevölkerungswachstum erlebt haben. Das bedeutet, der Beschäftigungszuwachs in Österreich hat sich rein im Rahmen der Teilzeit abgespielt; was zum Teil auch nachvollziehbar ist, denn Halbtagsbeschäftigung ist aus steuerlicher Sicht hierzulande durchaus spannend, Vollzeittätigkeit wird vom Staat nicht incentiviert. Generell gilt: Wer mehr leistet, wird im derzeitigen System noch mehr vom Fiskus zur Kasse gebeten. Da muss man sich dann auch nicht wundern, dass mittlerweile über die Hälfte von Österreichs Frauen in Teilzeit tätig sind; von Kinderbetreuungspflichten einmal abgesehen, das ist ein anderes Thema.

Übrig bleibt – wenn wir alle tendenziell weniger arbeiten, jedoch mehr Leute werden, die immer mehr Geld fordern – die Frage: Wer soll das am Ende alles bezahlen? Wir hinterlassen der nächsten Generation einen Schuldenberg. Dabei wollten wir doch einmal Generationengerechtigkeit ...

Julia Aichhorn,
Bundesvorsitzende der Jungen Industrie

Junge Industrie diskutiert Zukunftsperspektiven bei Bundestagung in Linz

Ein vielseitiges Programm erwartete die Mitglieder der JI Anfang Oktober in Oberösterreich.

Mehr als 170 Teilnehmer aus ganz Österreich begrüßte Heinrich Schaller, Generaldirektor der Raiffeisenlandesbank OÖ, im Raiffeisen Forum Linz, wo anschließend die diesjährige Bundestagung durch Maximilian Priglinger, JI-Oberösterreich-Vorsitzender, feierlich eröffnet wurde. Mit der anschließenden Podiumsdiskussion begann ein Meinungsaustausch zu den großen Herausforderungen des Industriestandorts Österreich, der mitsamt Lösungsansätzen das gesamte Wochenende begleiten durfte.

An Tag zwei konnten die Teilnehmer bei diversen Betriebsbesichtigungen wertvolle Einblicke gewinnen. Besichtigt wurde etwa die Tabakfabrik Linz mit eigener Innovationswerkstatt, die nicht nur dank ihres vielfältigen Angebots an modernen Geräten und Maschinen als Vorbild der oberösterreichischen Kreativwirtschaft gilt. Es folgte ein Rundgang durch die Linzer Brauerei in der Tabakfabrik sowie ein Expertenaustausch mit Hausherr Hans Böhm, Vorstandsvorsitzender der Brau Union Österreich AG. Am Nachmittag ging es für die JI-Mitglieder dann zu den oberösterreichischen Traditionsunternehmen Rosenbauer International AG, Wacker Neuson Linz GmbH und voestalpine AG.

Das Abendprogramm wurde von Julia Aichhorn eröffnet, die sich in einer kurzen Rede dafür einsetzte, „dass Österreich ein Standort bleibt, der uns allen eine schöne Zukunft bietet, für die Menschen und die Unternehmen“. Mit diesen Worten konnte die JI-Bundesvorsitzende den Dialog für den Abend inspirieren und einen feierlichen Ausklang für den zweiten Tag der Bundestagung finden. Besonderer Dank gilt den Sponsoren und dem Vorstandsteam der JI-Oberösterreich!



Die Diskussionen rund um den Standort begleiteten die JI-Mitglieder das ganze Wochenende.



170 JI-Mitglieder besuchten die oberösterreichische Landeshauptstadt anlässlich der Bundestagung.

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at
Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06. Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Sara Grasel. Lektorat: Bernhard Paratschek. Verantwortlich für den Inhalt: Christian Zoll, Joachim Händl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Sara Grasel, Marlena Mayer, Michael Mairhofer, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Aniko Benkö, Michaela Roither, Irene Schulte. Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich.

Grafik: Nina Mayrberger, Sarah D'Agostino

Druck: Druck Styria GmbH & Co KG, 8042 Graz. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10 x jährlich in einer Auflage von 8.300 Stück, Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at.

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Adobe Stock, IV-Burgenland, IV-Kärnten, IV-NÖ/Christian Holzinger, IV-OÖ/Silvia Reitmaier, IV-Salzburg/Kolarik, IV-Steiermark, IV-Tirol/ Daniel Schreier, vbw, IV-Vorarlberg, IV-Wien/Jürg Christandl

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.





Präsident Pochtler bei seiner Eröffnungsrede.



Finanzminister Brunner und Präsident Pochtler im Dialog, Corinna Milborn moderierte.

Absage an die Sozialromantik

Magnus Brunner war Keynote Speaker bei der diesjährigen Vollversammlung der IV-Wien. Wenig überraschend spielte daher das Budget sowohl in der Eröffnungsrede von Präsident Christian C. Pochtler als auch in der Keynote des Finanzministers eine zentrale Rolle.

Präsident Pochtler wies in diesem Zusammenhang vor allem auf die sich abzeichnende Dynamik bei den Staatsausgaben hin: „Österreich hat ein Ausgabenproblem, kein Einnahmenproblem: Zählt man den Zinsendienst sowie die stets steigenden Pensionskosten zusammen, dann geben wir bald über 40 Prozent der gesamten Einnahmen des Staates nur für die Vergangenheit aus – dabei ist mehr Spielraum für Investitionen in die Zukunft notwendig.“ Es brauche daher dringend strukturelle Reformen, so Pochtler; und dass solche Reformen auch in Österreich prinzipiell möglich seien, habe man am Beispiel der kalten Progression gesehen, wie der Präsident ausführte: „Die Abschaffung der kalten Progression war ein Meilenstein, der richtungsweisend sein sollte.“ Allein im kommenden Jahr bedeute dieser Schritt eine Entlastung aller um rund 3,5 Milliarden Euro, das entspreche einer Netto-Lohnerhöhung zwischen zwei und vier Prozent, so Pochtler in seiner Eröffnungsrede.

Dies sei auch deshalb notwendig, da sich „Leistung in diesem Land einfach auch wieder lohnen muss“, so Pochtler. Diesbezüglich stehe Österreich ohnehin vor einer Wegabelung: „Viele rufen nach dem Vollkasko-, dem Nanny-Staat. Dieser Traum würde aber schnell in einem Albtraum enden, und zwar spätestens für die nächste Generation, wenn Schuldenlast und verlorene Wettbewerbsfähigkeit die Spirale nach unten in Job- und Wohlstandsverlust endgültig und unwiderruflich in Gang bringen.“ Statt unrealistischen sozialromantischen Ideen nachzulaufen, müsse man sich unbedingt auf die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft

rückbesinnen: „Denn das bedeutet Wohlstand für alle mit sozialer Absicherung. Dazu gehört aber auch die Übernahme von Verantwortung für ein frei bestimmtes Leben“, wie Pochtler ausführte.

Auch Finanzminister Brunner betonte in seiner Rede, dass der Staat nicht alle Krisen sowie ihre Auswirkungen kompensieren könne: „Das ist nicht die Aufgabe des Staates!“ Seit Corona habe sich jedoch ein gewisses Anspruchsdenken breitgemacht; es sei nun wichtig, wieder auf einen Pfad zurückzukehren, auf dem man mit Steuergeld sorgsamer umgehe. „Immer nur mehr fordern ist zu wenig“, betonte er etwa mit Blick auf die Verhandlungen zum Finanzausgleich mit den Bundesländern. Ziel der Regierung sei es vielmehr, hier immer auch strukturelle Reformanstrengungen einzufordern. Wichtig sei es ferner, die Wettbewerbsfähigkeit wieder zu stärken, aber keineswegs nur in Europa: Man dürfe hier nicht zu sehr in nationalen Dimensionen denken, so Brunner, denn „wir brauchen innerhalb Europas sicher keinen Subventionswettbewerb. Unsere wahren Konkurrenten sitzen in China oder auch den USA, nicht in Bayern oder Nordrhein-Westfalen.“

Noch könne Österreich die Erfolgsgeschichte der Zweiten Republik fortsetzen, so Pochtler. Dazu müsse man aber eben einen Kurswechsel einleiten und notwendige Reformen endlich anpacken, um die Wettbewerbsfähigkeit wieder zu stärken. Die Industrie stehe hierfür als Verbündeter bereit, wie Präsident Pochtler am Ende seiner Rede betonte: „Die Industrie hat Reform, Anpassung und Veränderung in ihrer DNA und wird auch in Zukunft einen entscheidenden Beitrag leisten!“



Präsident Christian C. Pochtler und Finanzminister Magnus Brunner sorgten bei der Vollversammlung für viel inhaltlichen Input.



IV-Wien-Geschäftsführer Johannes Höhrhan mit dem ehemaligen WKÖ-Präsidenten Christoph Leitl.



Gut besucht: Über 200 Gäste folgten der Einladung zur Vollversammlung im Haus der Industrie.

Österreich an der Kippe

Das Jahr geht dem Ende zu und es fällt nicht leicht, mit Optimismus in das kommende zu blicken. Österreich braucht dringend eine Kehrtwende in der (Standort-)Politik – in einem Wahljahr eine besondere Herausforderung.



Bei unserer Vollversammlung konnten wir heuer Finanzminister Magnus Brunner als Ehrengast begrüßen. Ich schätze ihn als einen kompetenten und integren Politiker. Nicht zuletzt auch deshalb hatte ich mir vorgenommen, in meiner Rede möglichst positiv zu bleiben, nur konstruktive Kritik zu üben – denn einerseits regieren in Österreich ja im Normalfall zwei Parteien in einer Koalition, der Kompromiss ist daher immer ein Teil unserer Politik, keiner kann Maximalvorstellungen durchsetzen. Und zudem (Stichworte Abschaffung der kalten Progression sowie Senkung der Körperschaftssteuer) ist dieser Bundesregierung ja auch manches sehr gut gelungen.

Und trotzdem geht vieles in unserem Land in die völlig falsche Richtung. Diesbezüg-

lich war einmal mehr die Analyse von Franz Schellhorn sehr ernüchternd: Der Direktor von Agenda Austria lieferte eine auf den Punkt gebrachte Einordnung der Entwicklung des Standorts Österreich. Insofern sind seine Auftritte wie immer beinahe ein Vergnügen – auch wenn der Inhalt erschreckend, nahezu schmerzhaft war.

Österreich hat es bekanntlich nur ein einziges Mal geschafft, einen Budgetüberschuss zu bilden. Wir haben somit immer auf zu großem Fuß gelebt; mehr ausgegeben, als wir eingenommen haben. Die verfehlte Nullzinspolitik der vergangenen Jahre hat die Politik nur noch weiter animiert, zur einfachsten Form der Lösung von Problemen zu greifen: nämlich Geld zu drucken. Dass sich dies irgendwann rächen musste, war vielen klar, aber langfristiges Denken ist in der Politik selten besonders populär. Und so kam, was kommen musste.

Die Aufwendungen für die Zinsen der Schulden der Republik steigen und steigen. Gleichzeitig laufen viele Kosten, insbesondere etwa für das Pensionssystem, völlig aus dem Ruder. Im kommenden Jahr werden wir so insgesamt bereits 20 Milliarden Euro mehr ausgeben, als wir einnehmen. Und dieser Annahme aus dem Budget liegt ein relativ optimistisches Wachstumsszenario zugrunde ...

Österreich muss eine rasche Kehrtwende vollziehen, dringend braucht es standortpolitische Maßnahmen, denn in allen relevanten Rankings sind wir deutlich abgerutscht. Und wenn wir als Standort nicht wettbewerbsfähig sind, wird es uns in der Industrie auch nicht gelin-

gen, jenes Geld zu verdienen, das die Politik so gerne verteilt. An dieser Stelle auch ein Wort zu den Gewerkschaften: In den KV-Verhandlungen hätte ich mir gerade in diesem schwierigen Jahr eine echte Sozial-PARTNERSCHAFT erhofft. Beispielsweise ist die Lage in der metalltechnischen Industrie, zu der auch meine Unternehmen gehören, alles andere als leicht: Die Produktivität in Österreich sinkt, die Industrie steckt in einer Rezession. Ein Drittel unserer Unternehmen rechnet sogar mit einem negativen Ergebnis. Dass die Gewerkschaften ausgerechnet in dieser Situation auf derart sture Fundamentalopposition schalten, zeugt von wenig Weitblick.

Zu dieser Misere kommen noch unsichere Aussichten auf ein Wahljahr hinzu, das es in sich haben wird. Bereits jetzt wird von manchen Protagonisten fröhlich über immer neue Belastungsideen sinniert. Allein dieses Gerede über Erbschafts- und Vermögenssteuern in Österreich ist Gift für den Standort – denn gerade Familienunternehmen bilden das Rückgrat unserer Industrie!

Und neue Steuern sind ja nicht genug – die Liste an das Christkind umfasst auch Arbeitszeitverkürzungen, Verbesserungen bei den Pensionen (schon wieder?!), mehr Urlaub für alle und ganz viele tolle Gratisleistungen für jedermann! Vater Staat soll zahlen, das Geld nehmen wir „den Reichen“ weg. Währenddessen fällt es dem Mittelstand immer schwerer, überhaupt Vermögen zu bilden, arbeiten die Menschen ohnehin schon immer weniger, weil unser Steuer- und Sozialsystem de facto Teilzeit für viele attraktiver macht als Vollzeit, und so weiter und so fort.

Den Glauben an das Christkind sollten die meisten Erwachsenen eigentlich hinter sich gelassen haben. Hoffentlich bringt das neue Jahr hier etwas mehr Sachlichkeit – denn es wäre schlichtweg Wählertäuschung, wenn man den Menschen in Österreich nicht endlich reinen Wein einschenkt: Wir stehen als Standort an der Kippe. Wenn wir das Richtige machen, dann können wir aber noch den Turnaround schaffen und wieder an die Erfolge früherer Zeiten anschließen.

Das wird nicht ohne gewisse Opfer gehen. Auch das ist eine Wahrheit, über die wir offen reden sollten. Denn die Alternative wäre ein weiteres „Absandeln“ des Standorts Österreich – bis wir einen Punkt erreichen, wo es ohne wirklich schmerzhaft Maßnahmen nicht mehr gehen wird. Es kann doch nicht sein, dass wir es – wie viele andere Staaten – erst so weit kommen lassen müssen, um unser Land endlich strukturell auf neue Beine zu stellen.

Ihr

Christian C. Pochtler,
Präsident der IV-Wien

DEBATTE

Teilen Sie uns Ihre Meinung mit –
via E-Mail an debatte@iv.at.

„Regierung vor sich selbst schützen“

Im Rahmen der letzten Vorstandssitzung der IV-Wien im heurigen Jahr fand Franz Schellhorn sehr deutliche Worte für die aktuelle Budgetpolitik in Österreich.



Franz Schellhorn zog eine ernüchternde Bilanz über den aktuellen Zustand des Standorts Österreich.

In der Vergangenheit sei Österreich ein einziges Mal ein Budgetüberschuss „passiert“, mittlerweile habe man es scheinbar aufgegeben, ein ausgeglichenes Budget auch nur anzustreben, so die Diagnose des Direktors von Agenda Austria. In Summe sei der aktuell eingeschlagene Budgetpfad – nächstes Jahr wird das Defizit gemessen an den Einnahmen bei 20 Prozent liegen – „für eine bürgerliche Fiskalpolitik eine Bankrotterklärung“.

Die Ausgaben steigen deutlich stärker als die Einnahmen. Einen der Hauptgründe für diese Misere ortete Schellhorn in der Politik des billigen Geldes, die man in den vergangenen Jahren nicht nur in Österreich eingeschlagen habe. Hierzulande habe man dabei zusätzlich eine der Grundregeln vergessen, wonach Sozialpolitik nicht über Fiskalpolitik gestaltet werden dürfe. In Folge wurde die Inflation über alle Maßen in die Höhe getrieben.

Gleichzeitig zeigte Schellhorn auf, dass seit 1995, trotz eines Wachstums der Bevölkerung um mehr als eine Million Menschen, keine neuen Vollzeitstellen geschaffen wurden. Das gesamte Bevölkerungswachstum sei in einen Anstieg der Teilzeitbeschäftigung gemündet. Österreich habe falsche Anreize gesetzt, Teilzeit sei mittlerweile für viele Menschen wünschenswerter als Vollzeit, denn „50 Prozent mehr Arbeit bedeuten in Österreich nur rund 33 Prozent mehr Netto; das ist einfach nicht attraktiv“. Bei den Lohnstückkosten sei Österreich in Europa heute Spitzenreiter, die Produktivität sinke, die Wettbewerbsfähigkeit gerade immer mehr unter Druck. In Summe, betonte Schellhorn, brauche Österreich ein „Wirtschaftswunder“, um aus der aktuellen Misere herauszukommen. Es brauche eine Ausgabenbremse im Stil der Schweiz, denn man „muss die Bundesregierung vor sich selbst schützen“. Man müsse die Steuern in der Mitte und am oberen Rand senken, mehr arbeiten und keineswegs weniger, das Pensionsantrittsalter anheben und „digitalisieren, was das Zeug hält“. Die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft seien in Vergessenheit geraten, so Schellhorn; man müsse sich unbedingt wieder auf diese rückbesinnen.

Neuer IV-Wien-Vorstand gewählt

Im Rahmen der Vollversammlung 2023 wurde der Vorstand der IV-Wien neu gewählt. Die aktuelle Vorstandsliste für die Periode 2023–2026 finden Sie auf unserer Homepage oder direkt hier:



Wien 2030: Arbeitsgruppe „Smarte Produktion“ zu Gast bei EVVA

Anfang November besichtigten die Arbeitsgruppenteilnehmer das auf Sicherheitstechnologie spezialisierte Familienunternehmen EVVA.



Als Themenverantwortlicher des Spitzenthemas „Smarte Produktion in der Großstadt“ eröffnete IV-Wien-Geschäftsführer Johannes Höhrhan das Arbeitsgruppentreffen. „Wien ist ein besonders spannender Produktionsstandort. Dabei treffen die städtischen Betriebe immer wieder auf spezifische Herausforderungen, da oft nur begrenzt Flächen für die Fertigung zur Verfügung stehen. Produktion findet daher vielfach vertikal statt, also verteilt über mehrere Geschosse; etwas, das man in ländlicheren Gebieten nur selten vorfindet. Deshalb freut es uns besonders, dass

wir heute mit EVVA ein Unternehmen besichtigen dürfen, das so eng mit der städtischen Struktur verwoben ist.“

Bevor es für die Teilnehmer dann auf einen Rundgang durch die Fertigungshallen ging, gab EVVA-CEO Stefan Ehrlich-Adám den Gästen in seiner Präsentation einen kurzen Einblick in die Welt der Sicherheitstechnologie. EVVA ist Entwickler und Hersteller von mechanischen und elektronischen Zutrittssystemen, wurde 1919 in Wien gegründet und ist seit damals ein Familienunternehmen. Am Firmensitz mitten im zwölften Wiener Gemeindebezirk wird

nach wie vor geforscht, entwickelt, produziert und in alle Teile der Welt exportiert. An der Hauptproduktionsstätte fertigen 790 Mitarbeiter rund zwei Mio. Sicherheitszylinder und über 600 Mio. Einzelteile pro Jahr. Im Jahr 2021/2022 erfolgte zudem eine Erweiterung und Modernisierung des Standorts am Wienerberg. Daneben sind die Werke in Tišnov (Tschechien) und Krefeld (Deutschland) und die mittlerweile zehn Niederlassungen in Europa samt dem ausgeprägten Netzwerk von weltweit über 1000 Vertriebspartnern ein wichtiger Faktor für die weitere Expansion und den internationalen Erfolg von EVVA.



Die Mitglieder der Arbeitsgruppe „Smarte Produktion“ zu Gast bei EVVA.

FACTBOX

„Smarte Produktion“ ist ein Spitzenthema von „Wien 2030: Wirtschaft und Innovationsstrategie“. In regelmäßigen Abständen lädt die IV-Wien daher Stakeholder und Experten aus Industrie und verschiedenen Wiener Institutionen zu Arbeitsgruppensitzungen ein, um über relevante Standortthemen im Zusammenhang mit der städtischen Produktion zu diskutieren. Mit über 300.000 direkten und indirekten Beschäftigten machen die produzierenden Betriebe ein Drittel der städtischen Wertschöpfung aus und sind einer der wichtigsten Treiber von Innovation, Wohlstand und Standortqualität.

JI-Wien: Betriebsbesichtigung bei Piatnik

Anfang November besuchte die Junge Industrie Wien das knapp 200 Jahre junge Traditionsunternehmen Wiener Spielkartenfabrik Ferd. Piatnik und Soehne GmbH und Co KG.

Zur Gründungszeit des Unternehmens war die Herstellung von Spielkarten noch ein Handwerk. „Als Ferdinand Piatnik vor knapp 200 Jahren den Betrieb eines

gewissen Anton Moser übernahm, wurden Spielkarten noch gemalt und nicht gedruckt“, eröffnete Dieter Strehl, geschäftsführender Gesellschafter der Ferd. Piatnik und Soehne GmbH und Co KG, die Betriebsbesichtigung.

Im Jahr 1891 stellte man im Unternehmen auf Industrieproduktion um und verlegte den Firmensitz an den immer noch bestehenden Standort im 14. Wiener Gemeindebezirk. Seither werden bei Piatnik gedruckte Spielkarten in den verschiedensten Ausführungen und Variationen hergestellt.

Im Lauf der Zeit änderten sich die Anforderungen an Gesellschaftsspiele, weswegen das Unternehmen sein Produktportfolio um Brettspiele sowie Puzzles erweiterte und sich so schließlich zum Spieleverlag wandelte. Mittlerweile ist Piatnik mit Vertriebsstöckern in Deutschland, Tschechien, Ungarn und den USA ein internationaler Anbieter von Spielen aller Art und veröffentlicht rund 20 neue Produkte im Jahr.

Während des Rundgangs durch die Produktion auf mehreren Stockwerken bekamen die JI-Wien-Mitglieder einen Einblick in ein echtes Wiener Traditionsunternehmen und die spannende Welt der Spieleproduktion.



Dieter Strehl (ganz rechts) mit den Mitgliedern der Jungen Industrie.

